

TARIFRUNDE

Arbeitgeber bestreiten Nachholbedarf

Im Jahr 2012 werden für rund 3,6 Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie die Löhne neu verhandelt. Doch die Arbeitgeber wollen sich trotz günstiger Konjunkturprognosen gegen üppige Zuwächse wehren. „Die Reallöhne in unserer Industrie sind trotz zurückliegender Krise gestiegen, zumindest gehalten worden. Jetzt einen Nachholbedarf zu konstruieren ist objektiv falsch und unfair – egal, mit welchen Zahlen man das belegen will“, sagt Martin Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Seine Branche habe im Jahr 2009 einen tiefen Absturz erlebt, einige Unternehmen hätten mit Auf-

tragseinbrüchen von bis zu 50 Prozent zu kämpfen gehabt und einige sogar ihre Existenz verloren, argumentiert Kannegiesser. „Wir haben damals mit der Gewerkschaft ganz auf Beschäftigungssicherung gesetzt. Und die war teuer.“ Für das Jahr 2012 müsse eine Versteti-

gung der Lohnentwicklung stattfinden. Man könne sich nicht länger an vorübergehenden Wirtschaftsentwicklungen orientieren, die immer mehr schwanken. „Wenn es eine gute Konjunktur gibt, dann muss die einmalig honoriert werden, aber die Löhne dürfen nicht dauerhaft auf einem hohen Niveau verewigt werden“, sagt der Arbeitgeberfunktionär. „Dann bekommen wir wieder die Probleme, wie wir sie vor einigen Jahren schon einmal hatten.“



OLIVER LANG / DAPD

Kannegiesser



Operation in Krankenhaus

JOCHEN TACK / DOC-STOCK

GESUNDHEIT

Bürokratie treibt Kosten

Im deutschen Gesundheitssystem fallen deutlich mehr Verwaltungskosten an als bisher vermutet. Einer Studie der Unternehmensberatung A. T. Kearney zufolge sind 23 Prozent der Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2010 in Höhe von 176 Milliarden Euro bürokratischen Abläufen geschuldet. In der Industrie liege dieser Anteil bei nur 6,1 Prozent. Die Krankenkassen verursachten nicht nur in ihren eigenen Unternehmen Bürokratie, sondern in der gesamten Branche, etwa bei Apotheken, Arztpraxen oder Krankenhäusern, heißt es in der Studie. Neben den offiziell angegebenen Verwaltungskosten in Höhe von 9,5 Milliarden Euro kämen deshalb noch weitere 18 Milliarden Euro hinzu, die bisher nirgendwo veranschlagt seien. So müssten etwa Krankenhausärzte 37 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Verwaltungsaufgaben zubringen. Auch die komplizierten Abrechnungsverfahren bei den niedergelassenen Ärzten oder die Praxisgebühr seien Kostentreiber. Das Gesundheitswesen habe durch die Vielzahl der Reformen „einen Grad der Komplexität erreicht, der nicht mehr angemessen beherrschbar ist“, schreiben die Berater. Durch schlankere Strukturen hingegen ließe sich der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung von derzeit 15,5 auf 14,2 Prozent senken; nach Rechnung der Unternehmensberater könnten rund 13 Milliarden Euro eingespart werden. A. T. Kearney hat für die Studie mehr als 6000 Ärzte, Apotheker und Sanitätshäuser befragt.

HAUSHALT

Verdoppelte Neuverschuldung

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wird 2012 rund 35 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen müssen – fast doppelt so viel wie 2011. Ursache für den noch-

maligen Anstieg ist die Bareinlage, die Schäuble Mitte des Jahres in den permanenten europäischen Rettungsschirm ESM einzahlen muss. Der ESM wurde vorgezogen, und nach jüngsten Planungen sollen zudem gleich zwei Jahresraten nach Luxemburg, Sitz des ESM, überwiesen werden. Damit werden 8,6 Milliarden Euro fällig. Die Überweisung ist erforderlich, damit der ESM von Anfang an zusammen mit den Restmitteln des vorläufigen

Rettungsschirms EFSF 500 Milliarden Euro mobilisieren kann. Die Aufwendungen für die Bareinlage will Schäuble komplett mit neuen Schulden finanzieren. Seine Experten sehen keinen Spielraum, im Etat für 2012 diese Summe einzusparen. Um die Mehrausgaben ordnungsgemäß unterzubringen, will Schäuble in Kürze einen Nachtragshaushalt vorlegen. Bislang ist eine Neuverschuldung des Bundes von 26,1 Milliarden Euro vorgesehen.